

berichtet sich auch die SPD-Presse mit der „Erklärung“ der IG-Farben-Industrie, die ja an der Organisation einer Kriegsgewinnung gegen die Sowjetunion geschäftlich interessiert ist.

Dennoch beginnen bereits die großen politischen Blätter der Bourgeoisie zu erkennen, welches Spiel mit dem Feuer diese vom französisch-englisch-deutschen Kollisionskapital inszenierte Debe darstellt. Und so ist es kein Wunder, wenn das Berliner Tageblatt plötzlich umschwenkt und wörtlich zu der „Erklärung“ der IG-Farben schreibt:

„Der Inhalt erscheint uns nicht gerade in allen Teilen überzeugend, besonders was die Verbindung mit der russischen Handelspolitik angeht.“

Das bürgerliche Blatt beschämt so durch seine Abgrenzung gegenüber diesen Denunziationen die gesamte SPD-Presse.

Der Zusammenhang dieser Lügenkampagne wird jetzt auch durch eine Enthüllung der Mannheimer Arbeiterzeitung bloßgelegt. Diese hat durch einen Vertrauensmann erfahren, daß bei der Besprechung der Untersuchungsbehörde und den Vertretern der IG-Farben, Landgerichtsrat Dr. Ritter-Spacher, dieser die aufsehenerregende Mitteilung machte, daß die Kampagne gegen die Sowjets vorzeitig durch die Indiskretion einiger Zeitungen eröffnet wurde. Die russische Handelsvertretung habe tatsächlich nichts mit den Vorgängen zu tun, sie könne mit ruhigem Gemüte ihren Dementi verbreiten. . . . Daß er dann plötzlich als „Schuldiger“ den Obersten Volkswirtschaftsrat in Moskau nannte, dessen Vertreter gerade die Millionenaufträge in Deutschland vergeben, zeigt deutlich diese Hege als Manöver zur Stärkung der Kollisionshandlungen.

Die SPD-Presse „häumt“ wegen der Vergeßlichkeit ihrer Stützungsversuche bei den Kollisionshandlungen besonders vor Wat. Ihr und den hinter ihr stehenden sowjetfeindlichen Emigrantenkreisen ist es äußerst unangenehm, daß durch die Aufträge des roten Arbeiters und Bauernhaates monatlang mindestens 200.000 deutsche Arbeiter Beschäftigung erhalten, nach bürgerlichen Schätzungen mit Familien fast 1 Million Menschen ernährt werden, die sonst im kapitalistischen Deutschland auf Bettelstühle angewiesen wären. Daß dies selbstverständlich den moralischen Kredit der Sowjets weiter härt, das fürchten eben diese politischen Krümmenvergifter und „pazifistischen“ Kritiker in den SPD-Redaktionen. Sie haben in den Pressekreisen Wilhelms darin gute Kampagne gefunden. Die bürgerliche Zeitung hat eben vergeblich versucht, die Abschlüsse zu verhindern, indem sie darauf hinwies, daß die angebliche „unsaubere Ausnutzung der deutschen Erfahrung durch Ausland-Chemieindustrie . . . für den Gang der Verhandlungen . . . nicht gerade förderlich sei.“ Dieser offene Erprellungsversuch ging aber fehl; denn die Sowjets sind im Recht und die verhandelnden Industriellen können natürlich ihre Presse-Pappenheimer und deren Schwindelmeldungen. Aber auch organisatorisch wird diese Hege von der SPD besonders forciert, um die ihre reformistische Betriebspolitik durchsetzende Entwicklung der KMO zu unterbinden. Sie befindet sich auch hierbei in „guter Gesellschaft“. Niemand anderes als das Organ der deutschen Veraberter, die Deutsche Bergwerkszeitung, schreibt wörtlich am 14. April:

„Ungeachtet des häufigen Wertespionagefalls verdienen diese Geschloßenen eine besondere Aufmerksamkeit, und es ist wohl die Frage berechtigt, ob kommunistische Betriebsratsmitglieder ohne Gefahr für den Bestand und die Sicherheit des Werkes eingesetzt sind, diese geschloßenen Funktionen auszuüben. Man hat in der Gemeinververwaltung bekanntlich von der Bekämpfung kommunistischer Belagorderter Abstand genommen, weil man sie vermöge ihrer politischen Einstellung nicht für geeignet hält, das Amtsgeheimnis zu wahren. Die Gefahren, die durch Vertrauensbrüche kommunistischer Betriebsratsmitglieder für die Privatindustrie entstehen könnten, sind nicht geringer. . . . Die großen Ergebnisse der revolutionären Gewerkschaftsopposition bei den letzten Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau und in der Eisenindustrie zeigen erneut, wie groß auf der einen Seite die Gefahren sind und wie berechtigt auf der anderen die Forderung ihrer Eindämmung ist.“

Damit lassen die Kapitalisten die Kage aus dem End und auch das Geschloßeninteresse der entlarzten sozialfaschistischen Gewerkschafts- und Pressehegen der SPD ist durch diese offene Erklärung enthüllt. Der große Fortschritt der KMO und das Wachsen des revolutionären Kampfwillens der Arbeiter — das sind die wahren Hintergründe der „Spionage“hege des deutschen Kapitals und seiner SPD-Agenten. Die deutsche Arbeiterklasse läßt sich jedoch weder in ihrer Sympathie für die Sowjetunion erschüttern, noch wird das Wachsen der revolutionären Gewerkschaftsopposition dadurch verhindert werden können.

Immer daran denken

Durch Werbung für die Arbeiterstimme dienst du der Revolution!

Das SPD-Pressereptil von Dresden

Die ex-„linke“ Dresdner Volkszeitung hat sich in schnellem Tempo zu einem der rechten, sozialfaschistischen SPD-Blätter entwickelt. Sie steht feiner der reaktionären bürgerlichen Zeitungen nach. Hier einige Beispiele nur aus der gestrigen Nummer. Das Dresdner SPD-Pressereptil, die „D. V.“ bringt

kein Wort, keine Zeile —

— über den Bauarbeiterstreik! Sie verschweigt den Verbot, den DVB-Streikbruch in Berlin, sie berichtet nicht über Dresden und das übrige Deutschland. Zweck des Streiks: den Streik leichter abwürgen zu können!

— über den Antrag des 2. Bürgermeisters Dresdens, SPD-Führer, die Kegelsteuer um 30 Prozent zu erhöhen und 6 1/2 Millionen für Lohngesetze abzurufen!

— über die Tatsache, daß Frau Dr. Kienle, die acht Tage im Hungerstreik hand und gegen den § 218 kämpft, in Dresden (nach der Berichtsfahler der Volkszeitung war im Koglerheim anwesend).

— über die Zwidauer SPD-Bezirkspartei, auf dem die Campagna der SPD-Arbeiter gegen die Panzertruppenpolitik gipfelte, auf dem der Delegierte Klange Zwidauer erklärte: „Der Bolschewismus kommt gerade dann, wenn wir weiter tolerieren!“

Diese Gegenüberstellung zeigt eine harte, eindeutige Kage in jeder ganzen Zeile Arbeiterfeindschaft. Kein Wort ohne Zweck. Was damit? Keht das Organ der Kage der roten Front unter Führung der KPD!

Denunziant Frau Dr. Kienles entlarvt

Die Erklärung der Herzlin / „Berliner Tageblatt“ sachlicher als Dresdner SPD-Blatt

Kur die Hege des Dr. Reunhöffer (Stuttgart), der sie denunziert hat, antwortet Frau Dr. Kienle in einer Erklärung, in der es heißt:

Sanitätsrat Dr. Reunhöffer hat erklärt, er habe es für notwendig gehalten, Schritte zu unternehmen, um meinem Leiden ein Ziel zu setzen, um in höherem Interesse und im Interesse der hilfesuchenden Frauen einer Wiederholung vorzubeugen. Auf diese Erklärung erwidere ich: Die Strafanzeige des Augenarztes Dr. Reunhöffer lautet nach dem Protokoll des Kriminalkommissars vom 18. Dezember 1930 folgendermaßen:

„Von einer Person, die nicht genannt sein will (11) wird folgendes mitgeteilt: Am 18. Dezember ist von einer Krankenschwester der Herzlin Dr. Elisabeth Kienle eine im vierten Monat der Schwangerschaft befindliche Frauensperson . . . ins Krankenhaus Bethesda eingeliefert und sofort nach dieser Einlieferung operiert worden. Dabei ist der Verdacht ausgesprochen worden, daß sich jemand an der Frauensperson vor ihrer Einlieferung in das Krankenhaus zu schaffen gemacht hat.“ Der Wortlaut dieser Strafanzeige bemerkt Sanitätsrat Dr. Reunhöffer hat nicht mich sondern jemand — ohne mit seinem Namen dafür einzustehen

— behauptet, Dr. Reunhöffer hat jemand nicht wegen seiner ärztlichen Kunstfehler und Körperverletzung bei Gelegenheit einer Schwangerschaftsunterbrechung, sondern unverständlich wegen einer Schwangerschaftsunterbrechung, verurteilt an einer hilfesuchenden Frau angesetzt. Es ist unrichtig, daß ich die Schwangerschaft der Patientin auf Grund des § 218 unterbrochen habe. Ich habe an dieser Patientin auf Grund meiner ärztlichen Pflicht einen Eingriff infolge beginnenden Aborts vorgenommen. Es ist richtig, daß in-

folge der Konstitution (Körperbeschaffenheit) der Patientin bei diesem Eingriff die Gebärmutter perforiert (verletzt) wurde. Nach Lage des Falles war die Perforation nicht vermeidbar und nicht abwendbar. Dies wird mir durch ein autorisiertes ärztliches Gutachten bestätigt.

Die Patientin lebt und ist gesund. Aus den eigenen Erklärungen des Sanitätsrates Dr. Reunhöffer ergibt sich, daß er sich nicht die Mühe genommen hat, bevor er die Strafanzeige erstattete, auch nur die besonderen Umstände des Falles zu erfragen; er hat es vor allem nicht für notwendig gehalten, bei mir als behandelndem Arzt anzufragen. Er hat die Erforschung des Tatbestandes des Staatsanwaltschafts überlassen.“

Das Berliner Tageblatt macht ferner die aufsehenerregende Mitteilung, daß der Sanitätsrat Dr. Reunhöffer „sich durch einen Strafrichter, der vom Amt wegen mit dem Fall Wolf-Kienle zu tun hat, bei der Abfassung der Erklärung bedrückt“ sieht. Justiz und ärztliche Bürokratie arbeiten also Hand in Hand für den § 218 und deshalb gegen Frau Dr. Kienle, die tapfere Kämpferin gegen § 218.

In der Front dieser §-218-Vertreter steht auch die SPD. Der Beweis dafür ist auch die gestrige Dresdner Volkszeitung, die diesen Dr. Reunhöffer, diesen Denunzianten, diese „Herzlin, die nicht genannt sein“ wollte, als „hervorragenden Stuttgarter Arzt“ in den Augen der Leser herausstellt. Das SPD-Blatt demonstriert auch sonst geradezu seine Sympathie für diesen Reunhöffer und seine Antipathie gegen Frau Dr. Kienle und vertritt damit, daß trotz aller Demagogie in Wahrheit, ähnlich wie der SPD-Staatsanwalt Wagner zu dem faktischen Vertreter des § 218 gehört!

Die Klassenjustiz feiert Dreien

Kerker für Kommunisten und Reichsbanner-Arbeiter

Königsberg, 13. April. (Eig. Drahtmeldung.) In Liebstadt wurden 3 revolutionäre Arbeiter und Kommunisten vom Klagengericht zu insgesamt 29 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie sich gegen nationalsozialistische Propaganda zur Wehr gesetzt hatten. Ein Genosse, der schwer beschädigt und lungenleidend ist und ein Jahr Gefängnis erhielt, wurde sofort verhaftet. Der von der Roten Hilfe gestellte Rechtsanwalt hatte gegen die Verhaftung des Genossen Max von Prolet und gegen das gesamte Urteil Berufung eingelegt.

Stralsund, 13. April. (Eig. Drahtmeldung.) Ein empörendes Terrorurteil fällt das hiesige Schöffengericht gegen 21 angelegte Reichsbannerleute, die vor einigen Monaten in einem schweren Zusammenstoß mit nationalsozialistischen Banditen verwickelt waren. Die Nazi-Banden hatten in Reichsbanner einen Trupp Reichsbannerleute überfallen, wobei jedoch die Nazis einige blutige Köpfe erhielten. Die Angeklagten erhielten 3 Monate bis 1 Jahr 1 Monat Gefängnis, insgesamt 2 1/2 Jahre Gefängnis. Von den nationalsozialistischen Strömen hand natürlich keiner vor dem Richter.

Braunschweig, 14. April. (Eig. Bericht.) Der Schnellrichter in Wollenbüttel verurteilte auf Grund der Rühmungs-Serminalein Notverordnung den kommunistischen Lehrer Müller zu 4 Monaten Gefängnis und einen anderen kommunistischen Funktionär zu 3 Monaten Gefängnis. Als der Verteidiger anderer Genossen über die Verhandlungen der verhafteten kommunistischen Arbeiter auf der Polizeiwache berichtete, sprang der nationalsozialistische Polizeikommissar Mähle auf und drohte: „Wenn Sie die Polizei angreifen, dann kriegen Sie von mir etwas, daß Sie genug haben.“ Die verurteilten Genossen wurden sofort in Haft gehalten.

Der frühere nationalsozialistische Führer Kurt Schmidt aus Hamburg, wurde in der Zeit nach seinem Uebertritt in die KPD in zusammen 10 Fällen wegen Beleidigung der Republik, Scoringins und Jörgiebel, sowie Gotteslästerung und Aufreizung zum Klassenhass insgesamt zu 26 Monaten Gefängnis von der Klassenjustiz verurteilt. Als Führer in der KPD wurde Genosse Schmidt nicht ein einziges Mal verurteilt. Interessant ist, daß seit der Egitung der NSDAP, die

alle Führer der KPD zusammengeworfen noch nicht soviel Strafe erhielten, wie jetzt der Genosse Schmidt als Kommunist. Die gesamte revolutionäre Arbeiterkraft grüßt den tapferen Genossen Schmidt, welcher jetzt hinter republikanischen Gittern sitzt.

Milde und Schonung . . . aber für Nazi-Goebbels

Kassel, 14. April. (Eig. Bericht.) Wegen mehrfachen Vergehens gegen das Republikanisch-kommunistische Frontparade vor dem Kaiserlichen Schöffengericht der Oberstaatsanwalt gegen den Nazi-Kollisionsangeordneten Feder 3 Monate Gefängnis, entsprechend der Notverordnung. Nazi-Feder wurde natürlich nur zu einem Monat Gefängnis verurteilt, bei 3jähriger Bewährungsfrist! Also: so gut wie ein Freispruch!

Straße frei für Stahlhelm!

Frankfurt a. M., 15. April. (Eig. Drahtmeldung.) Am Sonntag veranstaltete der Stahlhelm einen Aufmarsch. Das Demonstrationsergebnis, das für Frankfurt bezieht, ist für diesen Tag von der Polizei aufgehoben! Der Frankfurter Polizeipräsident ist Sozialdemokrat, der ebenso wie Grzelast und sein Kiefer Parteigenosse Dietrich alle Demonstrationen zum Reichsjugendtag des Kommunistischen Jugendverbandes in Frankfurt verbot, für den schließlich Stahlhelm jedoch eine Ausnahme macht und ihm bereitwillig die Straßen überläßt!

. . . und Verbot für den KPD!

Berlin, 15. April. (Eig. Drahtmeldung.) Einen unerhörten Vorstoß erlaubte sich die sozialdemokratische Geheimpolizei gestern Abend gegen eine Funktionärskonferenz des KPD und der proletarischen Massenorganisationen in den Alexanderhäusern. Obwohl es sich um eine geschlossene Funktionärskonferenz handelte, die nach der falschlichen Notverordnung nicht anmeldepflichtig ist, wurde sie von der Polizei auf Grund dieser Notverordnung verboten und bei Eröffnung mit brutaler Polizeigewalt auseinandergeklagen.

Roter Sieg bei Ullstein

Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen bei Ullstein, Berlin, der größten Druckerei Deutschlands, erhielt die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition 1544 Stimmen, die Liste der Reformisten 1544 Stimmen. Die rote Liste, die in diesem Betrieb das erstmalig aufgestellt wurde, hat auf den ersten Anlauf einen großen Sieg errungen.

Spezial-„Eilabfahrts-Gesellschaft“, Schöneberg: Rote Einheitsliste 2 Sitze, SPD-Liste 2 Sitze. Zum erstenmal rote Liste. Vonja, Waldhof: Rote Einheitsliste 175 Stimmen, SPD-Liste 105 Stimmen. Zum erstenmal rote Liste.

Spezialfirma Wälschen, Wilmshagen: Rote Einheitsliste 2 Sitze, SPD-Liste 1 Sitze.

Hedwigshöhe, Golchow 1. Komm.: Rote Einheitsliste 47 Stimmen, SPD-Liste 63 Stimmen. Zum erstenmal rote Liste.

Im Betrieb „Bommersche Tagewerk“ ist keine SPD-Liste aufgestellt worden, sodass damit die Einheitsliste der KPD gewählt ist.

Reaktionär Gahn Oberbürgermeister von Berlin

Berlin, 15. April. (Eig. Drahtmeldung.) In der gestrigen Stadtratswahl wurde der Reaktionär Gahn mit Hilfe der SPD zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt. Gahn wurde von Seperling mit unbedingten Forderungen zur Kandidatur der Vertiefenden Berlin ausgerufen. Die SPD ging mit der Kollisionspartei, der Partei des Sozialdemokratischen, der Partei des Reichsbanners, der Partei des Arbeitervereins, ein Wahlbündnis ein, das sich gegen das rote Berlin richtete. Die SPD-Liste zur Wapitratwahl trug den Vermerk: Die Liste ist verbunden mit der Kollisionspartei!